

Stromausfall auf der Iberischen Halbinsel enthüllt die Plünderung der europäischen Energieinfrastruktur durch die Finanzoligarchie

7. Mai 2025 | Alejandro Lopez

Am 28. April kam es zu einem massiven Stromausfall auf der Iberischen Halbinsel, darunter auf dem spanischen Festland, in Portugal, Andorra und Teilen Südfrankreichs. Es war der umfangreichste Stromausfall in der Geschichte der EU und betraf mehr als 60 Millionen Menschen.

Das öffentliche Leben kam zum Erliegen: Züge blieben stehen, Kommunikationsnetze fielen aus, Krankenhäuser wurden auf Notstrom umgestellt und ganze Städte waren lahmgelegt, da Ampeln ausfielen. Mindestens fünf Menschen starben.

Drei Familienmitglieder starben in Ourense durch die Dämpfe eines Generators, der einen Ventilator antrieb. Eine Frau in Valencia, die auf ein Sauerstoffgerät angewiesen war, erstickte. Eine weitere Frau starb bei einem Brand in Madrid.

Die Stromversorgung konnte erst zehn Stunden später vollständig wiederhergestellt werden. Obwohl anfängliche Spekulationen auf einen Cyberangriff oder Sabotage hindeuteten, schließen die staatlichen Cybersicherheitsbehörden diese inzwischen aus.

Die Ursache des Stromausfalls ist inzwischen relativ klar. Um genau 12:33 Uhr trennten sich 15 Gigawatt Stromerzeugung – über 60 Prozent der Last der Halbinsel – innerhalb von fünf Sekunden vom Netz, was einen vollständigen Systemzusammenbruch verursachte. Die Spannung stieg auf über 470.000 Volt und die Frequenz erreichte 50,2 Hertz, was automatische Abschaltungen auslöste und die Ausgleichsmechanismen des Netzes außer Gefecht setzte.

Experten weisen auf einen kritischen Mangel an synchroner Stromerzeugung hin, insbesondere bei hydraulischen und gasbetriebenen Turbinen, die das Netz innerhalb von Sekunden hätten stabilisieren können. Von den für diesen Tag geplanten 26 Gigawatt waren nur 5 Gigawatt synchron. Drei der fünf größten Wasserkraftwerke Spaniens waren wegen Wartungsarbeiten offline, und alle Kernreaktoren bis auf einen wurden abgeschaltet.

Diese Entscheidungen wurden von Red Eléctrica Española (REE) genehmigt, dem Energieversorger, der für den Betrieb des spanischen Stromübertragungssystems zuständig ist. Obwohl der spanische Staat über die staatliche Investitionsagentur SEPI 20 Prozent an REE hält, werden die restlichen 80 Prozent von privaten Anteilseignern und globalen Investmentfonds gehalten, darunter BlackRock und die Holdinggesellschaft des Milliardärs Amancio Ortega.

In der Praxis stellt diese Struktur sicher, dass REE nach privaten Gewinninteressen und nicht nach öffentlichen Bedürfnissen operiert. Trotz der Minderheitsbeteiligung des Staates ist die Aufsicht vernachlässigbar. REE fungiert als nominell öffentliches Versorgungsunternehmen, das im Interesse privaten Kapitals geführt wird.

Jorge Sanz, ehemaliger Energiedirektor und ehemaliger Vorsitzender der Kommission für die Energiewende, kommentierte dies in El País folgendermaßen:

Die Theorie, die 99 Prozent des Geschehens erklärt, ist, dass es zu einer Überspannung kam und das System plötzlich abgeschaltet wurde, weil REE nicht genügend (synchrone) Wasserkraft- und Gaserzeugung eingeplant hatte. Dies hätte eine Reduzierung der Versorgung ermöglicht, da diese Kraftwerke ihre Produktion innerhalb von nur einer Sekunde drosseln können.

Dies wird im Energiesektor als „drehende Reserven“ bezeichnet.

Die Folge war eine vermeidbare Überspannung, die die gesamte Stromerzeugung unterbrach und das gesamte Netz auf Null fallen ließ. Das französische Netz wurde kurzzeitig abgekoppelt, wodurch ein flächendeckender Ausfall in ganz Europa verhindert wurde. Portugal, das stärker mit Spanien vernetzt ist, fiel vollständig aus.

Der spanische Energiesektor wird von einer Handvoll Konglomeraten – Endesa, Iberdrola, Naturgy, Repsol und Acciona – kontrolliert, die sowohl die Stromerzeugung als auch die Stromverteilung dominieren. Dahinter stehen Finanzgiganten wie BlackRock, Norges Bank, Vanguard und die Qatar Investment Authority sowie Pontegadea, die Vermögensverwaltungsfirma des Milliardärs Amancio Ortega. Allein im Jahr 2024 erwirtschafteten sie über 11 Milliarden Euro Gewinn.

Diese Unternehmen haben wiederholt die Modernisierung des Stromnetzes blockiert, Investitionen in Batteriespeicher verzögert und sich geweigert, Reservekapazitäten in Gas-und-Dampf-Kombikraftwerken vorzuhalten – alles, um die Aktionärsrenditen zu maximieren.

Warnungen vor den Risiken einer unzureichenden Infrastruktur zur Förderung erneuerbarer Energien gibt es seit Jahren. Ingenieure, Netzbetreiber und Forscher warnen, dass Spaniens schnelles Wachstum der Solar- und Windenergieerzeugung zwar unerlässlich sei, aber nicht mit Investitionen in Batteriespeicher, Netzverstärkung oder Lösungen zur Netzträchtigkeit einhergehe.

In Kalifornien stieg die Batteriespeicherkapazität zwischen 2018 und 2024 von 500 Megawatt auf über 13.000 Megawatt. Spanien hingegen hat zugelassen, dass sein Energiesystem zu einem „Giganten auf tönernen Füßen“ wurde, wie CSIC-Experte Fernando Valladares es in einem Interview mit Público treffend beschrieb. „Sicherheit hat einen Preis, den die Unternehmen nicht zahlen wollen“, erklärte er und warnte: „Wir vollziehen eine Energiewende in einem kapitalistischen System, das sich weder sozial noch wirtschaftlich verändert hat.“

Antonio Turiel vom CSIC warf den Energieunternehmen Iberdrola, Endesa und Naturgy „strafrechtliche Verantwortung“ vor und erklärte: „Wären die Gas-und-Dampf-Kombikraftwerke zur Übernahme bereitgewesen, wäre der Stromausfall viel geringer ausgefallen. Aber sie ließen sie abschalten.“

Die politische Verantwortung liegt bei den aufeinanderfolgenden Regierungen, die nicht nur von rechten Parteien, sondern auch von sozialdemokratischen, pseudolinken und stalinistischen Parteien geführt werden. Dazu gehören die derzeitige PSOE-Sumar-Koalition¹ und ihre Vorgängerregierung, die PSOE-Podemos-Regierung (2019–2023). Diese Kräfte haben jahrelang die Energieliberalisie-

1 Movimiento Sumar ist eine 2023 gegründete spanische Linkspartei, die seit 2023 Koalitionspartner der sozialdemokratischen PSOE in der spanischen Regierung ist.

rung durchgesetzt, sich geweigert, Privatisierungen rückgängig zu machen, die Profitgier der Konzerne geschützt und die öffentliche Aufsicht systematisch abgebaut, wodurch das Stromnetz dem Kollaps ausgesetzt war.

Nachdem Premierminister Pedro Sánchez die Wiederaufbaubemühungen zunächst gelobt hatte, beschuldigte er plötzlich „private Betreiber“ und forderte Rechenschaft. Er behauptete, er habe erst „durch die Medien“ von der internen Untersuchung von REE erfahren. Anschließend kündigte er die Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung des Stromausfalls an. Dies ist kaum mehr als ein Versuch, den öffentlichen Ärger von der Mitschuld seiner eigenen Regierung an jahrzehntelanger Privatisierung und Deregulierung abzulenken.

Die Spannungen zwischen der Regierung, REE und privaten Unternehmen sind eskaliert. Regierungsquellen kritisieren die Präsidentin von REE, die ehemalige PSOE-Ministerin Beatriz Corredor, für ihr „Versagen bei der Führung“ während der Krise und das Ausweichen vor öffentlichen Erklärungen. REE und die Betreiber werden beschuldigt, die Forderung der Regierung nach detaillierten Telemetriedaten und rechtlicher Rechenschaftspflicht blockiert zu haben.

Während die Regierung nun auf „Transparenz“ pocht, geht es ihr weiterhin vorrangig um politische Schadensbegrenzung. Diese Farce erstreckt sich auch auf Sumar, den pseudolinken Koalitionspartner der PSOE. Sumars Vorsitzende und stellvertretende Premierministerin Yolanda Díaz rief die Öffentlichkeit zunächst dazu auf, sich „nicht in parteipolitische Streitigkeiten zu verwickeln“, und forderte dann, inmitten der Massenempörung:

Das Stromnetz muss in öffentlicher Hand sein. Es ist ein strategischer Sektor, der heute privatisiert ist und nicht als Oligopol, sondern als Monopol operiert.

Doch weder die Sozialdemokraten noch ihre „linkspopulistischen“ Verbündeten stellen sich gegen das System, das den Stromausfall ermöglicht hat. Sie fungieren seit Jahren als dessen Verwalter.

Zweifellos sind private Betreiber intransparent und schützen sich vor Milliardenklagen. Corredor, Präsidentin von Redeia (REEs Muttergesellschaft), beharrte in Interviews darauf, dass „unser Netz nicht ausgefallen ist“ und machte eine unbekannte Störung verantwortlich, die außerhalb der Kontrolle von REE liege. Sie wies jede Verantwortung für das Versäumnis zurück, ausreichende Stabilisierungskapazitäten einzuplanen, weigerte sich zurückzutreten und wies die Vorstellung zurück, dass eine stärkere Nutzung der Kernenergie geholfen hätte.

Während einige Medien vermuteten, dass Solaranlagen in Extremadura die Kaskade ausgelöst hätten, räumte REE selbst ein, dass das spanische Netz „stark von variablen erneuerbaren Energien abhängt, die sich bei Instabilität abschalten und denen es an physischen Trägheitsreserven mangelt“. Am Tag nach dem Stromausfall kam es unter identischen Versorgungs- und Temperaturbedingungen zu keinem Ausfall. Dies bestätigte, dass der Stromausfall nicht durch erneuerbare Energien, sondern durch die Netzkonfiguration verursacht wurde, was direkt auf Desinvestitionen in kritische Infrastruktur hindeutet.

Um weitere Störungen zu vermeiden, hat REE seitdem eine massive Aktivierung von Gas- und Dampf-Kombikraftwerken geplant, wodurch die Strompreise um 500 Prozent in die Höhe schnellten, von 35 Euro pro Megawattstunde am 29. April auf 117 Euro am 30. April. Der Stromausfall ereignete sich in einer Zeit negativer Strompreise, in der die Erzeuger mit jeder erzeugten Mega-

wattstunde Geld verloren. Im spanischen Marktdesign werden sie durch Subventionen und Backup-Verträge entschädigt. Mit dem Programm von REE machen die Energieunternehmen nun riesige Gewinne.

Der Stromausfall hat auch die grotesken Prioritäten der Regierung Sánchez offengelegt. Während die PSOE-Sumar-Regierung privaten Energiemonopolen ermöglicht, das nationale Stromnetz zu plündern, und sich weigert, in kritische Infrastruktur zu investieren, lenkt sie mehr als 10 Milliarden Euro für Militärausgaben um.

Die Debatte über diese enorme Erhöhung des Verteidigungshaushalts war bereits für seinen Auftritt am 7. Mai im Kongress geplant und soll nun zusammen mit einer Erklärung zum Stromausfall stattfinden. Anstatt über den Militärhaushalt abzustimmen, wird er per Dekret durchgeboxt, um eine Niederlage im Parlament zu vermeiden. Dies offenbart die Missachtung der Regierung für demokratische Kontrolle.

Das Zusammentreffen von Stromausfall und der Debatte über die Rüstungsausgaben hat den Charakter des PSOE-Sumar-Regimes offengelegt: eine Regierung, die imperialistische Aufrüstung für den Krieg im Ausland betreibt und gleichzeitig die Arbeiter im Inland mit Stromausfällen, Preisschocks und Straffreiheit für Unternehmen angreift.